

**Hessische Ministerin für Bundes-
und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des
Landes Hessen beim Bund**

HESSEN



Regierungserklärung

„Hessen: im Herzen Europas – Europa im Herzen“

von Frau Staatsministerin Lucia Puttrich

20. Mai 2014

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in fünf Tagen wählen wir das neue Europäische Parlament.
Im Vorfeld der Europawahl wurde und wird noch viel diskutiert
und informiert. Häufig werden mir von Wählerinnen und
Wählern dabei Fragen gestellt, wie z.B.:

Ist Europa ein Erfolg?

Wozu brauchen wir Europa?

Was haben wir Hessen von Europa?

Um Europa zu verstehen, müssen wir es immer wieder
erklären. Denn es hat sich im Laufe der Jahre verändert. Es ist
größer, vielfältiger und anspruchsvoller und damit auch
komplexer geworden.

Ältere Menschen würdigen insbesondere die Friedensleistung
der vergangenen Jahre. Für jüngere Menschen ist dies eher
selbstverständlich. Gemeinsame Währung, offene Grenzen und
der europäische Binnenmarkt begleiten sie häufig schon so
lange sie denken können.

Um das Meisterwerk, die 28-Staatenunion, schätzen zu können, sollten wir auf unsere Geschichte zurückblicken. Vor einhundert Jahren brach der Erste Weltkrieg aus, vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg. Und heute arbeiten Staaten, die früher Krieg gegeneinander geführt haben, gemeinsam am Erfolg der Europäischen Union.

Vor 25 Jahren fiel die Mauer, die Deutschland teilte. Ohne die Unterstützung unserer europäischen Partner, der USA und Russlands wäre die Wiedervereinigung nie möglich gewesen. Das Band, das uns zusammenhält und auch Schwierigkeiten überwinden lässt, wird durch unsere gemeinsamen Werte gebildet: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit, freie und geheime Wahlen, Toleranz sind einige von ihnen.

Deshalb macht es uns auch besonders betroffen, was zurzeit in der Ukraine geschieht. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und ein inakzeptables Referendum mit dem Ziel der Abspaltung der Ostukraine machen uns mehr als besorgt. Auslöser war ein ursprünglich vom ukrainischen Präsidenten verhandeltes Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, das von Russland hintertrieben wurde.

Die Lage in der Ukraine ist mehr als besorgniserregend. Wir unterstützen deshalb alle diplomatischen Bemühungen, dass

die Situation nicht eskaliert und die Präsidentenwahl am 25. Mai geordnet, frei, geheim und friedlich stattfinden kann.

Wir sind solidarisch mit den Menschen, die sich für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Bürger- und Freiheitsrechten und Sicherheit einsetzen. Und wir sind solidarisch innerhalb der Europäischen Union und mit den USA in dieser Frage, indem wir einen gemeinsamen Weg gehen. Wirtschaftssanktionen können kurz- oder mittelfristig auch bei uns spürbar werden. Die Akzeptanz von Völkerrechtsverletzungen durch Russland wäre langfristig aber wesentlich schädlicher.

Eine starke Europäische Union sichert Frieden und Wohlstand. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg Europas ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen sehen, dass Europa gut für die Menschen ist.

Dabei sollte uns etwas nachdenklich machen: In Polen begrüßen aktuell 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Beitritt Polens zur EU vor zehn Jahren – der höchste Wert seit dem polnischen Beitritt. Bei uns in Deutschland liegt die Zustimmung zur EU bei mehr als 50 Prozent. Und das, obwohl es uns in Deutschland besonders gut geht. Wir haben eine Spitzenstellung in Europa, wenn man z.B. das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungsquote und die niedrige Jugendarbeitslosigkeit sieht.

Haben wir uns schon so daran gewöhnt? Und warum haben viele Menschen den Eindruck, dass wir innerhalb der EU nur geben und nichts bekommen würden? Warum schießen wir uns auf die kleinen Unzulänglichkeiten ein und vernachlässigen die Würdigung der großen Leistungen? Haben wir uns die EU in den letzten Jahren nicht häufig selbst schlecht geredet? Wenn wir für Europa begeistern wollen, müssen wir selbst begeistert sein!

Konstruktive Kritik muss dabei erlaubt sein, um etwas zu verbessern. Und selbstverständlich gibt es auch durchaus berechtigte Kritik, wenn Europa sich mit Dingen beschäftigt, die in den Mitgliedstaaten selbst viel besser geregelt werden können. Hier ist in den letzten Jahren, zum Teil berechtigt und zum Teil auch unberechtigt, Missmut entstanden. Wir müssen uns jedoch vor Augen halten, dass die Summe aller Teile ein Ganzes ergibt. Und wir sind ein Teil! Deshalb dürfen wir uns nicht in die Position der Beobachter begeben, sondern müssen aktiv mitgestalten. Die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips liegt auch in unseren Händen!

Meine Damen und Herren,

die Europäische Union hat sehr große Auswirkungen auf unser Leben in Hessen. Das wird zum Beispiel deutlich, wenn wir uns

die Gesetzgebung anschauen: Rund 80 Prozent aller in Hessen anzuwendenden Gesetze sind inzwischen von EU-Recht beeinflusst oder beruhen auf Vorgaben aus Brüssel, die dann wieder in Deutschland umgesetzt werden - vom Umweltschutz über die Trinkwasserqualität bis zum Verbraucherschutz.

Europa betrifft die Menschen in allen Lebensbereichen – häufig von ihnen unbemerkt.

Interesse kann man am besten wecken, wenn die persönliche Betroffenheit erkannt wird. Deshalb müssen wir auch immer wieder konkrete Beispiele nennen, was die EU dem Einzelnen bringt, z.B. im Bereich des Verbraucherschutzes den Stopp überhöhter Telefongebühren für Auslandsgespräche oder die Stärkung der Fluggastrechte, indem Passagiere bei großer Flugverspätung eine höhere Entschädigung erhalten.

Das, meine Damen und Herren, ist positiv erlebtes Europa für die Menschen!

Auf die Frage, was die EU für Hessen bringt, will ich Ihnen exemplarisch anhand von drei wichtigen Politikfeldern antworten: Wirtschaft, Soziales sowie Forschung und Bildung. Ich beschränke mich hier bewusst auf einige wenige Punkte.

1. Wirtschaft:

Vielen Menschen ist nicht bekannt, dass der europäische Binnenmarkt der bei weitem wichtigste Absatzmarkt für die exportstarken hessischen Unternehmen ist. 66 Prozent der hessischen Exporte gingen 2013 in europäische Staaten und 64 Prozent der Importe kamen von dort.

Diese positive Entwicklung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass 90 Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums außerhalb der EU generiert wird. Deshalb sind z.B. Freihandelsabkommen der EU so wichtig für das Wirtschaftswachstum der europäischen Mitgliedstaaten.

Wobei klar ist: Wir setzen uns dafür ein, dass diese Abkommen sowohl für unsere Unternehmen als auch für die Verbraucher eine Chance sind. Wir wollen die Beibehaltung von bewährten Standards, Sicherheit und Transparenz. Wir wollen keine Verschlechterung europäischer Standards, egal ob mit den USA, China, Japan oder Kanada verhandelt wird. Dies habe ich bei meinen letzten Brüsseler Gesprächen sehr deutlich gemacht.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Beispiel kommen:

Für das wirtschaftsstarke Hessen war und ist die Einführung der gemeinsamen Währung „Euro“ von großer Bedeutung. Mit dem Euro entfallen Wechselkursrisiken, der Euro erleichtert den allgemeinen Reiseverkehr, er wirkt sich positiv auf den Handel

in der Eurozone aus und führt zu mehr Preistransparenz und Wettbewerb im Binnenmarkt. Dies sind direkte Vorteile, die unsere Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen täglich spüren.

Und der Euro hat darüber hinaus eine besondere Bedeutung für den Finanzplatz Frankfurt. Deshalb wird sich die Landesregierung auch weiterhin engagiert für den europäischen Finanzplatz Frankfurt einsetzen. Entscheidungen auf Bundesebene werden wir immer bezüglich der Auswirkungen auf Hessen kritisch prüfen.

Mit der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen ist Frankfurt nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg die „vierte Hauptstadt“ der EU.

Allein durch die neue Bankenaufsicht werden in Frankfurt 2.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Dies ist ein großer Erfolg für den Finanzplatz Frankfurt und die ganze Rhein-Main Region, welche zum Beispiel durch die internationalen Schulen zusätzlich attraktiv wird.

Der wichtigste Wirtschaftsfaktor Hessens ist der Frankfurter Flughafen. Er ist die Nummer 1 der deutschen Flughäfen - das größte kontinentaleuropäische Logistkdrehkreuz für Waren

sowie das zweitgrößte Drehkreuz für Passagiere. Angesichts dieser Bedeutung des Frankfurter Flughafens ist es für die Region und zum Schutz der Anwohner wichtig, dass auch künftig Entscheidungen über Lärmschutzmaßnahmen an Flughäfen der nationalen und lokalen Ebene überlassen bleiben. Gegen das von der Kommission geplante Vetorecht, das womöglich das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen gefährdet hätte, hat sich die Hessische Landesregierung in Brüssel und Berlin von Anfang an mit Erfolg ausgesprochen. Dieses ist nun endgültig vom Tisch.

Das ist ein großer Erfolg des Einsatzes der Hessischen Landesregierung!

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens nicht zu gefährden, werden wir uns auch weiterhin gegen eine weitere Aufspaltung der Bodenverkehrsdienstleistungen aussprechen. Auf dem ohnehin engen Vorfeld des größten Flughafens auf dem europäischen Kontinent sind in diesem Zusammenhang vor allem die Fragen der Qualität und der Sicherheit wichtig. Wir wissen, dass an Flughäfen in anderen EU-Mitgliedstaaten, die den Markt für mehr Dienstleister geöffnet haben, durch den Wettbewerb die Löhne und damit auch die Qualität der Dienstleistungen und die Sicherheit einer kritischen Infrastruktur gesunken sind. Auch daher werden wir uns dafür einsetzen,

dass die Mitarbeiter ordentlich bezahlt werden und es nicht zu Lohndumping kommt.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel nennen, warum Europa für Hessen gut ist. Besonders deutlich werden die Leistungen der Europäischen Union, wenn wir uns die Finanzströme in Hessens Regionen und ländliche Räume ansehen. Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) werden in der Förderperiode 2014 bis 2020 240,7 Millionen Euro nach Hessen fließen. Und die hessischen Landwirte erhalten aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) insgesamt 318,9 Millionen Euro. Die landwirtschaftlichen Direktzahlungen belaufen sich in der zukünftigen Förderperiode auf ca. 1,3 Milliarden Euro. Europa ist gut für den ländlichen Raum und die hessischen Landwirte.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren: Dies ist ganz konkret dem Einsatz der Hessischen Landesregierung in Brüssel zu verdanken.

2. Sozialpolitik:

Lassen Sie mich nun zur Sozialpolitik kommen.

Im Zeitraum 2014 bis 2020 werden aus dem Europäischen Sozialfonds 172 Millionen Euro nach Hessen fließen. Der ESF ist eine direkte Unterstützung für die Menschen in unserem Land. Er hilft den Jugendlichen bei der Erlangung eines Schulabschlusses. Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten, werden durch den ESF mittels einer überbetrieblichen Ausbildung unterstützt. Der ESF wird zudem bei der Weiterqualifizierung Arbeitsloser und Berufstätiger eingesetzt.

Viele hessische Förderprojekte zugunsten von Arbeit, Aus- und Weiterbildung können somit durch europäisches Geld durchgeführt werden.

Ein wichtiger Punkt im Bereich Soziales ist die Arbeitsmigration: Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört neben dem freien Warenverkehr, der Dienstleistungsfreiheit sowie dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr zu den vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes. Freizügigkeit ist also ein zentrales, fundamentales Gut, das ein wirkliches Zusammenleben in einem vereinten Europa möglich macht.

Die hessische Wirtschaft und der Dienstleistungssektor profitieren sehr stark von der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ärzte, Kranken- und Altenpfleger, saisonale Erntehelfer, Ingenieure und viele andere aus Europa bereichern unser Leben. Die

größte Gruppe der ausländischen Ärzte in Deutschland kommt übrigens aus Rumänien und diese rumänischen Ärzte sind von großer Bedeutung für ein funktionierendes Gesundheitswesen.

Ein gutes Beispiel, wie Freizügigkeit in die Praxis umgesetzt werden kann, ist die Vereinbarung der Landesregierung 2012 mit der Autonomen Region Madrid zum Fachkräfteaustausch. Kernelemente dieser Vereinbarung sind die Ausbildung junger Menschen aus Madrid in Hessen und die Unterstützung der Autonomen Region Madrid beim Aufbau eines dualen Ausbildungssystems. 45 junge Menschen aus Madrid haben dieses Angebot angenommen. Und nachdem das erste Ausbildungsjahr dem Ende zugeht, können wir eine erste Bilanz ziehen: die Auszubildenden sind motiviert und die Ausbildungsbetriebe sind zufrieden. Im Rahmen dieser Vereinbarung haben wir auch 46 Arbeitsplätze im Bereich der Altenpflege für bereits ausgebildete Arbeitskräfte aus Madrid zur Verfügung gestellt. Auch dieses Projekt ist ein Erfolg für alle Beteiligten.

Hessen hat darüber hinaus mit seiner Partnerregion Aquitaine im Bereich Luftfahrttechnik einen Austausch gestartet: 15 Jugendliche nehmen in diesem Jahr an deutschen und französischen Sprachkursen teil und werden ab dem kommenden Jahr mehrwöchige Praktika in hessischen und aquitanischen Unternehmen ableisten. Auch dieses Projekt der

Kooperation bei der Ausbildung ist ein gutes Beispiel für gelebtes Europa.

Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein europäisches Recht und soll Chancen bieten. Ein Zuzug von Menschen, die bei uns keine ernsthaften Chancen und keinen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt haben und auf Sozialleistungen angewiesen sind, gefährdet jedoch die Akzeptanz für dieses Recht und kann für Frustration bei den Betroffenen sorgen. Deshalb fordert die Hessische Landesregierung die nötige Klarstellung im EU-Recht.

Für ein erfolgreiches Europa müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa Beschäftigung finden. Deshalb setzen wir uns für die nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in ihren Heimatländern ein. Dazu ist es besonders wichtig, dass die Mittel der europäischen Struktur- und Investitionsfonds zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden.

3. Forschungs- und Bildungspolitik:

Im Bereich Forschung und Bildung profitiert Hessen in besonderem Maße. So wirken mit Horizont 2020 und ERASMUSplus zwei neue Programme unmittelbar in Hessen.

Für die Forschung und Innovation stehen mit dem neuen Programm Horizont 2020 europaweit 77 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2020 zur Verfügung. Dies ist das weltweit größte Forschungsförderprogramm. Es bündelt alle forschungs- und innovationsrelevanten EU-Förderprogramme – von der Grundlagenforschung bis zur Vorbereitung marktfähiger Produkte und Dienstleistungen. Dieses Programm wird auch die Forschung am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hessen voranbringen.

Ich darf Ihnen dazu eine Zahl nennen: Aus dem Vorläuferprogramm, dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, sind von 2007 bis 2013 nach aktuellen Zahlen insgesamt 351 Millionen Euro an hessische Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen geflossen. Davon gingen über 230 Millionen Euro an die hessischen Hochschulen.

In den nächsten sieben Jahren wird das neue ERASMUSplus-Programm bis 2020 14,8 Milliarden Euro erhalten. Darin werden die bisherigen EU-Programme für lebenslanges Lernen, Jugend und Sport sowie die europäischen Kooperationsprogramme im Hochschulbereich zusammengefasst.

Ich habe Ende April im Rahmen der Reihe „Begegnungen“, bei der ich und Staatssekretär Mark Weinmeister Menschen in Hessen besuchten, die eine europäische Vita haben, in

Darmstadt einen jungen Ungarn aus Budapest getroffen. Er studiert an der Hochschule Darmstadt Gestaltung und ist einer von 60 dort studierenden ERASMUS-Stipendiaten. Mit der Unterstützung der EU wird diesen Studenten beispielsweise eine Unterkunft besorgt, die sie ansonsten weder bezahlen noch finden könnten, und sie erhalten Deutschkurse. Viel wichtiger jedoch ist seine Erfahrung in Darmstadt. Er sagte mir, dass er jetzt wisse, was Europa bedeute.

Für die Menschen, die aus europäischen Ländern nach Hessen kommen und hier arbeiten wollen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass ihre Schul- und Berufsabschlüsse über die Grenzen hinweg anerkannt werden. Die Landesregierung wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, Menschen mit ausländischen Abschlüssen zu beraten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Unterstützung des Vereins *beramí*, der sich der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten in Frankfurt widmet. Dazu arbeiten wir eng mit den zahlreichen Anerkennungsstellen, wie den Kammern, zusammen.

Ein großer Teil der europäischen Jugendlichen lebt Europa bereits heute ganz konkret: Sie studieren oder arbeiten im Ausland, sie lernen Sprachen, sie bewegen sich ganz selbstverständlich in Europa und pflegen internationale Freundschaften.

Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen und ausbauen, dass diese Jugendlichen Europa auch mitgestalten, sich beteiligen und sich zu Wort melden. Im Koalitionsvertrag haben wir uns als schwarz-grüne Landesregierung zum Ziel gesetzt, Jugendliche für Europa zu begeistern. Ein gutes Beispiel sind hier unsere jugendlichen „Europabotschafter“ und die Schulbesuche der Kabinettsmitglieder zum jährlichen Europatag. Zudem fördert die Landesregierung regelmäßig Schul- und Kulturaustausche in unsere Partnerregionen sowie Einrichtungen wie das Europäische Jugendparlament.

Besonders wichtig bei allen Bemühungen ist jedoch, dass Europa nicht „elitär“ vermittelt wird, sondern alle Bevölkerungsgruppen erreicht.

Europa betrifft unsere Alltagswirklichkeit und auch an vielen anderen Stellen: in den Städtepartnerschaften, in der multinationalen Zusammenarbeit an den Universitäten und Forschungseinrichtungen, in unserem europäisch und international geprägten Finanzstandort Frankfurt, bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Nichtregierungsorganisationen.

Europa ist nicht irgendwo, sondern wir leben es täglich.

Lassen Sie mich einen Ausblick auf das geben, was vor uns liegt. Was wollen wir in Europa? Wo wollen wir in und mit Europa hin? Was können wir in Europa ganz konkret bewirken?

Wir vertreten in Europa hessische Interessen und werden diese im Zusammenwirken mit der Bundesregierung, unseren Partnern und Freunden im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission, im Deutschen Bundestag, im Bundesrat und anderen deutschen Landesregierungen sowie mit europäischen Regionen einbringen. Hier gilt es, Netzwerke zu vertiefen und zu pflegen, um gemeinsam erfolgreich zu sein.

Dabei zeigt sich schon jetzt, dass es ein deutlicher Gewinn für die hessische Europapolitik ist, dass die Zuständigkeiten für Bundes- und Europaangelegenheiten gebündelt und zentral in der Staatskanzlei verankert sind.

Die Leitlinie für unser europapolitisches Handeln ist der schwarz-grüne Koalitionsvertrag. Dieser ist zu Recht europapolitisch ambitioniert.

Die Landesregierung sieht es als ihre Aufgabe an, die europäischen Fördersysteme transparenter zu machen. Deshalb werden wir das bereits bestehende EU-Beratungszentrum weiter ausbauen. Damit ist gewährleistet, dass auch Vereine und gerade kleinere Unternehmen schneller

und besser mit den EU-Förderanträgen zurechtkommen. Das dient sehr konkret den Menschen in Hessen – gerade auch vielen ehrenamtlich Tätigen und Existenzgründern.

In der Umweltpolitik setzen wir uns unter anderem für den europäischen Emissionshandel und damit für den Klimaschutz ein. Wir bringen die europäische Wasserrahmenrichtlinie voran, um die Qualität der Gewässer in Hessen stetig zu verbessern. Im Interesse der hessischen Landwirte haben wir uns für umfassende Agrarförderungen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für Hessen eingesetzt. Wir sind dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten und machen uns für den Schutz hessischer Marken auf europäischer Ebene stark.

Die Landesregierung unterstützt auf EU-Ebene auch Initiativen gegen den Bahnlärm – das Mittelrheintal wird es uns danken. Gerade an diesem Beispiel sieht man deutlich, wie wichtig es ist, sowohl bundesländerübergreifend als auch europäisch zu wirken.

Und wir sind stolz auf den europäischen Raumfahrtstandort Darmstadt – mit der ESA, ESOC und EUMETSAT – sozusagen das hessische Houston, der unsere vollste Unterstützung hat.

Um die hessischen Interessen in Europa zu vertreten, bedarf es einer hohen Europakompetenz innerhalb der Landesregierung und Landesverwaltung. Hierbei sind wir in den vergangenen Jahren sehr gut vorangekommen. Das ist auch ein Verdienst meiner Vorgänger im Amt, Jochen Riebel, Volker Hoff und Jörg-Uwe Hahn. Wir bauen auf dieser Arbeit auf.

Europapolitik ist eine Querschnittsaufgabe der Landesregierung, die effektiv koordiniert und auf regionaler, deutscher und europäischer Ebene sehr gut verzahnt werden muss. Mit der Europapolitischen Strategie als Leitschnur des europapolitischen Handelns der Hessischen Landesregierung und unserer Europakoordinierung sind wir hier auf einem sehr guten Weg.

Hervorheben möchte ich die Ihnen gut bekannte Landesvertretung in Brüssel, die unser Seismograph und Türöffner zu den europäischen Institutionen und eine Serviceeinrichtung für alle Hessen ist. Seit dem Einzug in das neue „Mehr-Regionen-Haus“ wurden dort bereits fast 1.160 Veranstaltungen mit mehr als 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Mit dem neuen Haus ist Hessen genau richtig aufgestellt, um seine Interessen in das neue Europäische Parlament und die neue Kommission einzubringen.

In Berlin nutzen wir unsere Kontakte zur Bundesregierung, im Bundesrat und Bundestag, um hessische europapolitische Anliegen und Positionen zu kommunizieren. Wir werden auch in der hessischen Bundesratspräsidentschaft ab November 2014 und im hessischen Vorsitz in der Europaministerkonferenz ab Sommer 2015 europapolitische Akzente setzen.

Ich halte es für unabdingbar, dass wir sowohl in Brüssel als auch in Berlin und in Hessen gleichermaßen aktiv Europapolitik betreiben.

Hierbei geht es uns um grundsätzliche Fragen zur Zukunft der EU. Es geht darum: die konkreten Folgen europäischer Gesetzesinitiativen zu benennen oder die Wirtschaftskraft der strukturschwachen Regionen Europas zu verbessern. Es geht um eine noch bessere Zusammenarbeit in bedeutenden Bereichen wie dem Datenschutz, dem Klimaschutz, der Energiepolitik und der Versorgungssicherheit.

Um auf diesen Feldern voranzukommen, brauchen wir diese enge Abstimmung zwischen Bund und Land, um einheitlich gegenüber den europäischen Institutionen aufzutreten und so einen starken hessischen Einfluss zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Hessen ist ein starkes Land. Es ist selbstverständlich, dass wir uns in Brüssel und Berlin sehr intensiv für die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips einsetzen und regionale Eigenständigkeiten bewahren.

Damit Kommunen und Region enger verzahnt werden, wird sich die Landesregierung im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Aquitaine, der Emilia-Romagna, Wielkopolska und Bursa – aber auch darüber hinaus – intensiv für den Austausch und die Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Jugend und Bildung einsetzen. Mithilfe dieser Partnerschaften erhalten regionale Interessen auf europäischer Ebene ein stärkeres Gewicht. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur Vernetzung von Regionen und zur Vertiefung der europäischen Integration.

Europa braucht Empathie und Herz.

Ich hoffe, dass viele der 4,7 Millionen hessischen Wahlberechtigten, darunter 300.000 nichtdeutsche EU-Bürgerinnen und -Bürger, ihre Stimme abgeben und dass die Wahlbeteiligung über den 37,9 Prozent vom Jahr 2009 liegt.

Hessen liegt im Herzen Europas. Diese Hessische Landesregierung wird in den kommenden fünf Jahren beharrlich daran arbeiten, dass die Hessen Europa im Herzen

tragen, dass Europa bei den Menschen ankommt und dass die hessischen Interessen in der Europäischen Union gewahrt werden.

Die Sicherung gemeinsamer Werte, wirtschaftlicher Erfolg und dauerhafter Frieden sind keine Selbstverständlichkeit, sondern es muss dauerhaft daran gearbeitet werden. Wir benötigen dazu den Verstand, aber auch ein volles Herz. Lassen Sie uns gemeinsam auf diesem Weg vorangehen.

Europa ist nicht irgendetwas, irgendwo. Europa ist hier. Europa sind wir!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!